

## Menschenrechtspolitik und Wirtschaftspolitik

- 5 Die Jusos im Unterbezirk Braunschweig fordern die Bundesregierung auf, im Umgang mit anderen Nationen die Frage der Menschenrechte offen anzusprechen – wie es auch im Koalitionsvertrag von 2002 steht. Es muss Ziel der deutschen Außenpolitik sein, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in aller Welt zu stärken.

10

### Begründung:

- 15 Wir sind als SPD 1998 angetreten nicht alles anders zu machen, aber vieles besser! Dies sollte auch und gerade den Bereich der Menschenrechtspolitik betreffen. Folgenden Prinzipien der Außenpolitik fühlt sich die Regierung seit 1998 verpflichtet:

20 *„Im Mittelpunkt der Menschenrechtspolitik steht die Sorge um den Menschen. Dabei macht Menschenrechtsschutz keinen Unterschied zwischen Deutschen und Nichtdeutschen, zwischen Angehörigen von Mehrheiten und Minderheiten.“*

25 *„Menschenrechte sind unteilbar und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Ziel deutscher Menschenrechtspolitik ist die weltweite Durchsetzung und Sicherung der ganzen Bandbreite der bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte.“*

30 *„Massive Menschenrechtsverletzungen gefährden oder zerstören internationale Stabilität und Sicherheit, sie schaden dem wirtschaftlichen Wohlstand der Staaten und ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Schutz und Förderung der Menschenrechte setzen menschliche Ressourcen, Kreativität und Energien frei. Menschenrechtsschutz und -förderung liegen daher im politischen Interesse der Staaten. Sie dienen der Stabilität, dem Frieden und der Entwicklung.“*

35 *„Wo Menschen anders vor Verletzungen ihrer Rechte und Grundfreiheiten nicht geschützt werden können, müssen internationale Kontrolle, internationaler Druck und öffentliche Kritik als Mittel zur Durchsetzung dienen.“*

(Quelle: [http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussenpolitik/menschenrechte/mr\\_inhalte\\_ziele/ziele\\_html](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussenpolitik/menschenrechte/mr_inhalte_ziele/ziele_html))

- 40 Dies sind hehre Ansprüche und einer sozialdemokratisch geführten Regierung absolut würdig. Jedoch ist in letzter Zeit eine neue, wenn auch nicht offiziell verlautbarte, Nuancierung der Außenpolitik erkennbar. Öffentliche Kritik an Staaten, die schwerste Menschenrechts-Verletzungen zu verantworten haben, unterbleibt. Aus falsch verstandener Rücksicht gegenüber wirtschaftlichen Interessen, tritt der Aspekt der Menschenrechte immer weiter zurück. Auf dem Spannungsfeld zwischen Markt und
- 45 Moral scheint nur noch ersteres zu interessieren, wie man anhand der Beispiele China und Russland erkennen kann. Sicherlich sind dies zwei wirtschaftlich wichtige Partner und der Handel mit ihnen auch in ureigenstem deutschem Interesse. Doch man darf dabei nicht nur die Glanzpromenaden von St. Petersburg oder Shanghai beachten, oder die riesigen Erdöl-Ressourcen Sibiriens und den potentiell größten Autoabsatzmarkt
- 50 der Welt.

Russland führt seit Jahren einen mörderischen Krieg in Tschetschenien bei dem auf die Zivilbevölkerung keinerlei Rücksicht genommen wird. Die Pressefreiheit wird systematisch ausgeschaltet, so existieren keine landesweit empfangbaren Privatmedien mehr. Der letzte Privatsender NTW wurde vom staatlichen Unternehmen  
5 Gazprom übernommen. Putin, der lupenreine Demokrat, schwebt ein Konzept der gelenkten Demokratie vor. Sicherlich muss man Verständnis haben für den Transformationprozess den Russland seit 1989 bewältigt, jedoch muss man auch auf die eigene Glaubwürdigkeit achten, wenn man die fortschleichende Entdemokratisierung Russlands einfach so hinnimmt!

10

China wiederum weist seit 20 Jahren enorme Wachstumsraten auf. Noch nie ging es so vielen Chinesen so gut wie heute. Doch der wirtschaftlichen Öffnung ist keine politische Öffnung gefolgt. China ist nach wie vor eine Diktatur! Dass sich dies in nächster Zeit auch nicht ändern wird beweisen die letzten Beschlüsse des  
15 Volkskongresses! Besonders eindeutig ist dabei das Anti-Abspaltungsgesetz, welches klar formuliert, dass eine Unabhängigkeitserklärung seitens Taiwans nicht geduldet werden würde und dies militärische Konsequenzen zur Folge hätte.

20

Taiwan ist seit 20 Jahren eine stabile Demokratie, wird von China jedoch nur als abtrünnige Provinz betrachtet. Eine Distanzierung der KP über die Ereignisse am Platz des Himmlischen Friedens, wo die KP-Führung die Armee gegen friedlich demonstrierende Studenten einsetzte ist vorläufig nicht zu erwarten. Das darauf folgende Waffenembargo der westlichen Welt, soll nun auf Betreiben unseres Bundeskanzlers und des französischen Präsidenten zurückgenommen werden.

25

Der Handel mit solchen Staaten erzwingt natürlich auch eine Öffnung in denselbigen, jedoch sollte man nicht alleine darauf setzen! Gerade als Handelspartner sollte man in der Lage und selbstbewusst genug sein auch die missliebigen Themenfelder anzusprechen und neben den wirtschaftlichen Reformen dringendste auch politische Reformen einfordern! Wäre es denn im Gegenzug derart kontraproduktiv  
30 Menschenrechte offen anzusprechen?

30

Ein kluger außenpolitischer Kopf sagte einst: „ Deutsche Politik müsse unnachgiebig über die Menschenrechte sprechen! Und wenn das Aufträge kostet, dann kostet es eben Aufträge!“

35

*Es war Joschka Fischer 1996!*

40

45

50

